



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

18. Sitzung (öffentlich)

9. November 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE)

Protokollerstellung: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009

Vorlage 14/572

Sowie:

Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2007 des Einzelplans 06

Vorlagen 14/620 und 14/663

Und:

1. Ergänzungsvorlage der Landesregierung

Drucksachen 14/2850 und 14/2884

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) führt in die 1. Ergänzungsvorlage ein.

Der Ausschuss beschließt, am 15. November 2006 vor der Plenarsitzung eine Sondersitzung durchzuführen. Bis dahin soll das Ministerium schriftlich eingereichte Fragen der Fraktionen zur 1. Ergänzungsvorlage beantworten.

Der Ausschuss stimmt über Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 06 ab. Die Fraktion der SPD stellt ihre Anträge bis zur Sondersitzung am 15. November 2006 zurück, um die Ergänzungsvorlage einzubeziehen.

Für den 15. November 2006 ist auch die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 06 vorgesehen.

2 Hochschulpakt 2010

6

Bericht der Landesregierung

In Verbindung damit:

Für einen ehrlichen Hochschulpakt

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1879

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) berichtet über den aktuellen Sachstand.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

3 Die Chancen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms für NRW nutzen

12

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1661

Vorlage 14/535

APr 14/245

Der Ausschuss wertet das Expertengespräch vom 7. September 2006 aus und bespricht das weitere Verfahren. Eine endgültige Klärung soll hierzu im Obleutegespräch herbeigeführt werden.

4 Berufliche Perspektiven für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler anbieten 18

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2092

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) berichtet.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

5 Jetzt erst recht! ZVS nicht abschaffen, sondern mit der Kompetenz aus NRW weiterentwickeln 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2716

Der Ausschuss vereinbart, diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag Drucksache 14/14 der SPD-Fraktion zu behandeln und die abschließende Beratung und Abstimmung über beide Anträge für das erste Halbjahr 2007 vorzusehen.

6 Verschiedenes 23

Der Ausschussvorsitzende informiert über eventuelle auswärtige Sitzungen sowie über die beabsichtigte Ausschussreise. In einem Obleutegespräch sollen die Details geklärt werden.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist **Vorsitzender Ewald Groth** darauf hin, dass Minister Pinkwart ihn am 2. November 2006 darüber informiert habe, dass er an dieser Sitzung aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen könne, denn er befinde sich in Dresden bei einer Sitzung des Wissenschaftsrats.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009

Vorlage 14/572

Sowie:

Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2007 des Einzelplans 06

Vorlagen 14/620 und 14/663

Und:

1. Ergänzungsvorlage der Landesregierung

Drucksachen 14/2850 und 14/2884

Vorsitzender Ewald Groth macht auf die Drucksache 14/2840 aufmerksam, das Nachtragshaushaltsgesetz 2006. Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung werde im Laufe der November-Plenarsitzungen durch die Landesregierung eingebracht. Er beinhalte auch Mehrausgaben für das Hochschul-BAföG in Höhe von 7,5 Millionen €.

In dieser Sitzung gehe es aber um die Beratung des Haushalts 2007. Dazu stelle er Einvernehmen im Ausschuss fest, wie in den Vorjahren zur Finanzplanung keine Beratung durchzuführen.

Karl Schultheis (SPD) gibt den Hinweis, dass der Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen habe, sowohl zum Nachtragshaushalt als auch zur Ergänzungsvorlage eine Anhörung durchzuführen. Das begrüße die SPD sehr. Aus Sicht der SPD seien erhebliche Strukturfragen zu stellen, auch vor dem Hintergrund der Debatten, die im Landtag zur Hochschulgesetzgebung bisher geführt worden seien. Insofern vertrete die SPD die Meinung, dass die Ergänzungsvorlage in dieser Sitzung nicht beraten werden könne und die Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss abzuwarten sei, bevor endgültig über die Ergänzungsvorlage entschieden werde. Er schlage vor, dass zwar

jetzt mit einigen Sätzen auf die Ergänzungsvorlage eingegangen werden könne, aber schriftlich Fragen an das Ministerium gerichtet würden zu dieser Ergänzungsvorlage, deren Beantwortung dann in der nächsten Sitzung beraten werden könne.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) stimmt dem von Herrn Schultheis vorgeschlagenen Verfahren zu. Auch einige andere Ausschüsse hätten dieses Verfahren gewählt und die Beratung über die Ergänzungsvorlage verschoben.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) hält eine Beschlussfassung darüber bereits in dieser Sitzung für möglich. Es bleibe ja allen unbenommen, über den Haushalts- und Finanzausschuss und das Plenum noch Änderungsanträge einzubringen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) verweist auf das Entgegenkommen der Koalitionsfraktionen im Rechtsausschuss und im Wirtschaftsausschuss, so zu verfahren, da man sich noch nicht ausführlich genug mit so viel Stoff habe beschäftigen können. Sie bitte darum, auch in diesem Ausschuss so zu verfahren.

Christian Lindner (FDP) fragt, welche Veränderungen überhaupt den Zuständigkeitsbereich dieses Ausschusses betreffen. Wenn das keine sehr beachtlichen Veränderungen seien, stimme er dem Kollegen Brinkmeier zu.

Vorsitzender Ewald Groth antwortet, die Veränderungen im Nachtrag 2006 seien vielleicht nicht so erheblich, aber die Ergänzungsvorlage 2007 sei schon eine erhebliche Materie. Der Staatssekretär wolle auch gerne Ausführungen zur Ergänzungsvorlage machen. Dieses Angebot sollte der Ausschuss annehmen. Der Ausschuss sollte sich aber auch auf ein Verfahren in dieser Frage einigen. Eine Möglichkeit bestehe darin, an den nächsten Plenartagen morgens eine Sondersitzung durchzuführen. Das machten andere Ausschüsse auch so.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) spricht sich dafür aus, zunächst vom Staatssekretär zu hören, was sich geändert habe, und dann zu einer Meinungsbildung zu kommen.

Karl Schultheis (SPD) findet, man habe sich schon mit der Eile in der Gesetzgebung keine Lorbeeren erworben, was die Seriosität der Beratungen angehe. Das wolle die SPD nicht fortsetzen. Er höre sich sehr gerne den Bericht des Staatssekretärs als Einführung zur Ergänzungsvorlage an, aber es handele sich um über 100 Seiten, die den Einzelplan 06 betreffen, weshalb er sich nicht in der Lage sehe, hierzu in dieser Sitzung Beschlüsse zu fassen. Wenn die Koalitionsfraktionen jetzt eine Beschlussfassung darüber durchsetzen wollten, kündige er an, dass sich die SPD an der Beratung nicht beteilige. Er halte das nämlich nicht für ein seriöses Vorgehen. Wenn solche Vorlagen erst ein oder zwei Tage vor der Ausschussberatung auf dem Tisch lägen, ließen sich solche Beratungen nicht seriös vorbereiten. Auf den ersten Blick ergäben sich bereits erhebliche Fragen. Es diene einer strukturierten und vorbereiteten Beschlussfassung im

Ausschuss, wenn diese Fragen an das Ministerium weitergeleitet würden mit der Bitte um Beantwortung für die nächste Sitzung. Die SPD stimme einer Sondersitzung zu.

Vorsitzender Ewald Groth gibt zu bedenken, die nächste reguläre Ausschusssitzung finde erst am 14. Dezember statt. Als Termin für eine Sondersitzung kämen nur der 15. oder 16. November vor der Plenarsitzung in Betracht.

Unter Voraussetzung einer Sondersitzung stimmt **Christian Lindner (FDP)** dem zu, erst dann die abschließende Beratung über die Ergänzungsvorlage vorzunehmen.

Die Ausführungen von **StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT)** zur 1. Ergänzungsvorlage liegen mit Vorlage 14/791 vor.

Es gebe ein Bündel ungelöster Fragen in diesem Kontext, die er gerne schriftlich stellen wolle, so **Karl Schultheis (SPD)**. Er nenne nur ein paar Stichworte, nämlich die Tarifsteigerung an den Hochschulen, die Problematik der Heizkosten und die Risiken aus dem HFG. Er halte eine Sondersitzung für notwendig, um darauf eingehen zu können.

Auf die Bitte von **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** erläutert **MDgt Helmut Mattonet (MIWFT)**, in der Pressekonferenz habe der Minister in der Tat auf zwei Komponenten beim Hochschulpakt hingewiesen.

Die erste Komponente habe Frau Dr. Seidl als Forschungsmittel bezeichnet. Da gehe es um den sogenannten Overhead, den der Bund der DFG zur Verfügung stellen werde. Das seien die 700 Millionen € insgesamt. Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen entspreche dem, was Frau Dr. Seidl genannt habe, nämlich 140 Millionen €. Diese Mittel würden nicht in den Haushalt eingestellt, sondern die gingen unmittelbar von der DFG an die Hochschulen.

Die zweite Komponente seien die zusätzlichen Studienplätze. Dort sei für das Jahr 2007 ein Betrag in Höhe von 15,4 Millionen € vorgesehen. Der errechne sich aus den zusätzlichen Studienanfängern auf der Basis der Zahlen, die auch der Bund zugrunde gelegt habe. Es seien insgesamt 2.800 mal 5.500 €. Das ergebe den Betrag von 15,4 Millionen €. Die Hälfte davon trage das Land NRW. Diese 7,7 Millionen € seien als Baransatz veranschlagt. Das baue sich in den Jahren 2008 und 2009 langsam auf. Man sei ausgegangen von 5.400, dann 5.900, sodass sich insgesamt die Summe von 250 Millionen € ergebe, wovon das Land die Hälfte trage. Das sei dadurch haushaltsmäßig umgesetzt worden, dass es eben für 2007 einen Baransatz gebe und für die Jahre 2008, 2009 und 2010 eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung.

In den Erläuterungen sei insgesamt erläutert, wie das Angebot des Bundes aussehe, was den Hochschulpakt angehe, der eben aus zwei Säulen bestehe. Haushaltstechnisch sei es so, dass die Mittel, die von der DFG an die Hochschulen gingen, nicht in diesem Haushaltsplan stünden. Hier in der Erläuterung sollte aber der gesamte Hochschulpakt erläutert werden und nicht nur die eine Komponente, die jetzt unmittelbar für den Haushalt von Relevanz sei.

Karl Schultheis (SPD) meint, es sei zwar richtig, dass die Mittel, die an die Hochschulen gingen, von der DFG an die Hochschulen gingen, aber man finanziere ja die DFG hälftig. Deshalb stelle sich die Frage, ob die erforderlichen Mittel, die dann an die Hochschulen gingen, hälftig beim DFG-Ansatz des Landes berücksichtigt seien.

MDgt Helmut Mattonet (MIWFT) erläutert, sie seien deshalb nicht berücksichtigt, weil diese Mittel ausschließlich vom Bund erbracht würden außerhalb des üblichen Finanzierungsschlüssels zwischen Bund und Ländern von 52:48.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) möchte wissen, ob jetzt von SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch mit einer neuen Tischvorlage zu rechnen sei.

Vorsitzender Ewald Groth verweist auf die Vereinbarung, dass die Fraktionen ihre Änderungsanträge bis zu dieser Sitzung hätten einbringen sollen. Die lägen auch vor. Ob auf der Grundlage der Ergänzungsvorlage für die nächste Sitzung, die Sondersitzung, nochmals Änderungsanträge verschiedener Fraktionen eingingen, sei abzuwarten. Das müsse den Fraktionen überlassen werden, ob sie ihre Anträge zu der heutigen Sitzung zurückziehen wollten.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) hält die vorliegenden Anträge ihrer Fraktion aufrecht. Ob die Grünen weitere Anträge vorlegten, könne sie noch nicht sagen. Das hänge von der Beantwortung der offenen Fragen ab.

Sie bitte um Auskunft, wie viele Studienplätze jährlich bis zum Jahr 2010 entstehen sollten und welche Perspektiven für den doppelten Abiturjahrgang gesehen würden.

Insgesamt handele es sich um 20.000 Studienplätze, die in der Tat im Laufe der Jahre entstünden, geht **StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT)** auf die Frage ein. Das sei ja auch in der Presseerklärung so mitgeteilt worden.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) fragt nach, ob es denn keinen Stufenplan gebe, wie viele Studienplätze in jedem Jahr entstünden.

MDgt Helmut Mattonet (MIWFT) antwortet, für das Jahr 2007 seien es 2.800, für das Jahr 2008 5.400, für 2009 5.900 und für 2010 noch einmal 5.900. Das sei der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen auf der Basis von 20.000 zusätzlichen Studienanfängern. Die Aufteilung auf die verschiedenen Jahre sei entsprechend dem Angebot des Bundes vorgenommen worden. Das korrespondiere also mit den Zahlen des Bundes. Im Jahr 2008 beispielsweise hätte man 5.400 zusätzliche plus 2.800 aus dem Jahre 2007, so dass sich das in dem Jahr zu 8.200 aufbaue. So gehe das weiter.

Karl Schultheis (SPD) erklärt für seine Fraktion, dass sie ihre beiden Änderungsanträge zurückstelle, bis die Ergänzungsvorlage diskutiert werde. Die SPD halte diesen Verschiebepunkt zwischen Exzellenzinitiative und Hochschulpakt für eine Mogelpa-

ckung. Er gehe davon aus, dass die RWTH Aachen in der zweiten Runde erfolgreich sein werde. Dann stelle sich die Frage nach der entsprechenden Finanzierung.

(Der Ausschuss tritt in die Beratung der drei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 06 ein. Weitere Änderungsanträge liegen nicht vor, nachdem die SPD-Fraktion ihre zwei Anträge zurückgestellt hat. Die Änderungsanträge, ihre Begründungen und die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Änderungsanträgen sind Vorlage 14/811 zu entnehmen.)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) stellt den **Änderungsantrag 1** ihrer Fraktion vor. In anderen Bereichen sei eine Kompensierung der weggefallenen Bundesmittel erfolgt, Titelgruppe 64. Das könne an dieser Stelle auch so gemacht werden. Man brauche weiterhin Programme, Stipendien, Sommer-Unis usw., eine angemessene Ausstattung im Bereich der Frauenförderung und Sachmittel für die Gleichstellungsbeauftragten.

Christian Lindner (FDP) erklärt für seine Fraktion, dass sie diesen Antrag ablehnen werde. Der Minister habe an anderer Stelle gesagt, dass er speziell für Frauenförderung aus dem Innovationsfonds Gelder bereitstellen wolle. Im Übrigen hätten die Hochschulen mit dem Globalhaushalt die Möglichkeit, in diesem Bereich selbst Initiativen zu ergreifen.

Heike Gebhard (SPD) hat sehr viel Sympathie für die vorliegenden Anträge der Grünen, weil deutlich werde, in welcher Weise die Frauenförderung praktiziert werde, und das nicht nebulös offen gehalten werde. Da aber aus der Presseerklärung der Grünen zum Haushalt ihre Deckungsvorschläge bekannt seien, könne ihre Fraktion das nicht mittragen. Darum werde sich die SPD bei der Abstimmung an dieser Stelle enthalten.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) bedauert, dass die SPD diesen Antrag nicht unterstützen könne.

Die Quote von 15 % aus dem Innovationsfonds sei aus ihrer Sicht eine Mogelpackung, weil das genau der Frauenanteil sei, der in Nordrhein-Westfalen sowieso berufen werde.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) merkt an, das Thema solle ja auch in die Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen entsprechend aufgenommen werden. Er schließe sich außerdem dem an, was der Kollege Lindner gesagt habe.

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) führt aus, 15 % des Innovationsfonds würden für Frauenförderung zur Verfügung gestellt. Er halte dies nicht für eine Mogelpackung. Diese 15 % entsprächen 5 Millionen €. Das sei mehr als die beantragte Summe. Damit werde ganz gezielt Frauenförderung betrieben werden können. Das sei eine auch inhaltliche Verbesserung der Frauenförderung im Vergleich zum bisherigen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) teilt diese Einschätzung nicht. Es habe ja vorher auch schon in dem Umfang Berufungen von Frauen gegeben. Sie gehe davon aus, dass es sich genau um die Summe handele, die auch vorher dafür ausgegeben worden sei.

Die Abgeordnete stellt außerdem die **Änderungsanträge 2 und 3** ihrer Fraktion vor und bittet um Zustimmung.

Nach Ansicht von **Christian Lindner (FDP)** handele es sich beim dritten Antrag der Grünen um ein wichtiges Anliegen, für das er auch Sympathie habe. Er habe diese Sensibilität aber beim Haushalt 2004/2005 vermisst. In den Erläuterungen zur Frauenförderung im Hochschulhaushalt sei damals nämlich nur von Fachreferenten gesprochen worden sowie von Sachbearbeitern. Insofern begrüße er, dass die Grünen jetzt diese Sensibilität zeigten. Vielleicht könne die Landesregierung ja aufgefordert werden, dieses Anliegen bei der redaktionellen Bearbeitung des Entwurfs zu berücksichtigen.

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) entschuldigt sich für dieses Redaktionsversehen und sagt eine Korrektur zu. Bereits mehrfach habe man klargestellt, dass hier natürlich auch Frauen gemeint seien.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) hält damit eine Abstimmung über den Änderungsantrag für nicht mehr erforderlich. Von einer guten Freundin wisse er im Übrigen, dass diese sich als Spitzenwissenschaftlerin auch unter der Bezeichnung „Spitzenwissenschaftler“ angesprochen fühle und nicht nachvollziehen könne, dass man sich mit solchen Fragen herumschlage, nach dem Motto: Habt ihr keine anderen Probleme? Das sei seines Erachtens auch die Realität.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) bittet dennoch um Abstimmung über den Änderungsantrag 3 der Grünen.

2 Hochschulpakt 2010

Bericht der Landesregierung

In Verbindung damit:

Für einen ehrlichen Hochschulpakt

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1879

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) berichtet, die Landesregierung habe die Herausforderung durch künftig wahrscheinlich stark steigende Studienanfängerzahlen frühzeitig erkannt. Nordrhein-Westfalen habe als erstes Hochschulland einen Pakt zwischen Bund und Ländern gefördert, um diese Herausforderung aufnehmen zu können. Dabei seien alle einig, dass steigende Studierendenzahlen keinen Schaden für Nordrhein-